



## Gemeinsame Erklärung des Union Regio Net 2010:

### **Für ein Europa der sozialen Rechte und des sozialen Dialogs!**

CFDT Obere Normandie, DGB Niedersachsen, OPZZ Großpolen,  
Solidarność Großpolen, UGT Andalusien

In einer Zeit, in der überall Arbeitsplätze abgebaut werden, ist die Krise für die europäischen Gewerkschaften eine Herausforderung. Wie die Wut zurückhalten, die sich überall ausbreitet? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfahren die Krise mit voller Wucht. Sie erwarten konkrete Maßnahmen, um ihre Situation zu verbessern: soziale Unterstützung für die aus betrieblichen Gründen Entlassenen, Arbeit für die Jugendlichen, die mit oder ohne Abschluss die Schule verlassen haben, Kampf gegen Ausgrenzung und Armut sowie bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung.

Arbeiterbewegung und Gewerkschaften führen diese Kämpfe vor dem Hintergrund einer internationalen Tradition der Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit: Grenzen verlaufen nicht zwischen den abhängig Beschäftigten verschiedener Staaten, sondern zwischen Arbeit und Kapital.

Das Union Regio Net steht in dieser Tradition. Es dient dem Austausch, der Vernetzung und der Förderung von Kenntnissen übereinander. Beteiligt sind die CFDT Obere Normandie (Frankreich), der DGB Niedersachsen (Deutschland), die OPZZ Großpolen und die Solidarność Großpolen (Polen) sowie die UGT Andalusien (Spanien). Das Union Regio Net vereint gewerkschaftliche Akteure, die regional-, struktur- und beschäftigungspolitisch aktiv sind.

Im September 2009 haben wir, Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Gewerkschaften, uns in Rouen (Frankreich) getroffen, um gemeinsam die Situation der Beschäftigten in Europa sowie die Lage des sozialen Dialogs in den jeweiligen Ländern und multinationalen Unternehmen zu beraten. Wir waren uns einig, dass alle gewerkschaftlichen Aktionen zum Ziel haben sollen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Bestreben zu unterstützen, würdevoll leben und arbeiten zu können. Seien es die Arbeits- oder Lebensbedingungen, die Ernährung, die Wohnung oder die Gesundheit – die Würde des Menschen ist die Basis unseres Engagements.

#### **Die folgenden Inhalte haben unsere Diskussionen geprägt:**

Die Krise wirkt sich in den jeweiligen Ländern in unterschiedlicher Form aus; gleichwohl sind die Beschäftigten in allen Staaten negativ betroffen. Entlassungen nehmen zu, der Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne erhöht sich. Die Wut der Beschäftigten ist berechtigt: Obwohl nicht sie, sondern Marktideologinnen und Marktideologen in Politik und Wirtschaft die Krise zu verantworten haben, bekommen die Beschäftigten in Europa und weltweit deren Auswirkungen massiv zu spüren.

Der soziale Dialog zwischen den Beschäftigten bzw. ihren Interessenvertretungen und den Unternehmen bzw. deren Interessenvertretungen ist für ein soziales und demokratisches Europa unabdingbar. Gerade in Zeiten der Krise haben sich Information und Konsultation als wichtig herausgestellt. Die in den verschiedenen Ländern jeweils verschiedenen Modelle des sozialen Dialogs haben sich in der Krise als äußerst erfolgreich und nützlich erwiesen. Diese Erfolgsmodelle sind auszubauen.

Dies gilt nicht zuletzt auch auf regionaler Ebene: Auch dort sind die Gewerkschaften in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Nur so kann weiterhin gewährleistet werden, dass auch vor Ort die Interessen der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden. Ein Beispiel für einen gelungenen sozialen Dialog ist der in Andalusien (Spanien).

In einem zusammenwachsenden Europa kommt der grenzüberschreitenden Mitbestimmung eine zentrale Rolle zu. Euro-Betriebsräte vertreten die Interessen der Beschäftigten in zahlreichen europaweit agierenden Unternehmen.

Nicht nur, aber gerade auch in Zeiten der Krise wird deutlich, wie wichtig lebenslanges Lernen für die Beschäftigten ist. Die Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterliegen einem permanenten Wandel, was beständige Qualifizierung notwendig macht. Die gewerkschaftliche und staatliche Unterstützung und Durchführung von Qualifikationsmaßnahmen ist vor diesem Hintergrund von besonderer Bedeutung.

Schon vor der Krise gab es europaweit eine Tendenz zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen: In vielen Branchen und Unternehmen greifen eine immer schlechtere Bezahlung, Forderungen nach zunehmender Flexibilität, der Abbau von Kündigungsschutz-Regelungen, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und die Befristung von Arbeitsverträgen um sich. Unter dieser Entwicklung leiden letztlich alle Beschäftigten; sie erhöht den Druck auch auf so genannte Normalarbeitsverhältnisse.

In einem zusammenwachsenden Europa, das von transnationalen Konzernen und Globalisierungstendenzen geprägt ist, wächst die Bedeutung eines internationalen Austauschs der Gewerkschaften. Mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund existiert eine unverzichtbare Institution zur Koordination gewerkschaftlicher Politik in Europa. Er bündelt die Interessen der Beschäftigten und vertritt sie mit Nachdruck gegenüber den Institutionen der Europäischen Union. Der internationale gewerkschaftliche Austausch muss aber auch auf regionaler Ebene gepflegt werden.

Der europäische Integrationsprozess ist in Teilen durch eine neoliberale Marktideologie geprägt, die die Interessen der Beschäftigten außer acht lässt. Dem stehen Ansatzpunkte eines sozialen Europa gegenüber, die es auszubauen gilt. Gerade die Krise hat gezeigt, dass nicht ideologische Marktgläubigkeit, sondern sozialer Dialog und ein aktives wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Eingreifen des Staates gefragt sind. Gerade die Europäische Union ist aufgerufen, die entsprechenden Lehren aus dieser jüngsten Entwicklung zu ziehen.

### **Auf dieser Grundlage fordern wir:**

- Der europaweite Austausch zwischen den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen ist zu stärken. Er bildet einen fundamentalen Bestandteil eines sozialen Europas. Die politische und finanzielle Förderung internationaler Gewerkschaftsnetzwerke durch die Europäische Kommission ist hierfür unverzichtbar. Zugleich muss es zu einer deutlichen Verbesserung der Situation Europäischer Betriebsräte (EBR) kommen. Die Informations- und Anhörungsrechte der EBR sind unzureichend. Gerade bei Umstrukturierungs- und Verlagerungsprozessen sind starke EBR nötig, um ein gegeneinander Auspielen von Standorten zu verhindern, eine solidarische Interessenspolitik zu ermöglichen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

- Information und Konsultation der Beschäftigten sind auszubauen. Dies ist nicht zuletzt eine zentrale Erfahrung aus der Krise: Die Interessen der Beschäftigten müssen seitens der Unternehmen, aber auch seitens der jeweiligen politischen EntscheidungsträgerInnen umfassend berücksichtigt werden. Dies setzt eine umfassende Information der Beschäftigten über betriebliche Strategien und Entscheidungen voraus.
- Instrumente gegen Krise und Arbeitslosigkeit sind konsequent zu nutzen und auszubauen. Hierzu sind die Regierungen der jeweiligen Länder ebenso wie betroffene Unternehmen aufgerufen. In vielen Staaten Europas wurde mit verschiedenen Modellen der Kurzarbeit gute Erfahrungen gemacht. Zugleich sind die Kaufkraft der Beschäftigten und die Nachfrage der öffentlichen Haushalte als wesentliche Bestandteile im Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit zu stärken. Ein europaweiter Wettlauf um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen verschärft hingegen die Auswirkungen der Krise; er ist weder von volkswirtschaftlichem Nutzen, noch profitieren die Beschäftigten von ihm.
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind umfassend zu bekämpfen. Der wirtschaftliche Einigungsprozess im europäischen Binnenmarkt darf nicht zu einer Ausweitung unsicherer Leiharbeit und vermehrter prekärer Beschäftigung führen. Auf europäischer Ebene ist sicherzustellen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vom ersten Tag an mindestens den gleichen tariflichen Lohn wie vergleichbar Beschäftigte im Entleihunternehmen erhalten. Scheinselbstständigkeit ist zurückzudrängen; unbefristete Vollzeitstellen und die Möglichkeit freiwilliger Teilzeitarbeit sind zu stärken.
- Die Unternehmen dürfen nicht aus Ihrer Verantwortung für Arbeit, Beschäftigung, soziale Sicherungssysteme und berufliche Weiterbildung entlassen werden. Es ist ihre Pflicht, den Beschäftigten ein Arbeiten und ein Leben in Würde zu ermöglichen und durch Investitionen für neue Beschäftigung zu sorgen. Die derzeitige Wirtschaftskrise darf nicht dazu führen, dass sich die Unternehmen auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sanieren.
- Das soziale Europa ist auszubauen. Der Integrationsprozess Europas war bislang vorwiegend von der Stärkung wirtschaftlicher Freiheiten im Rahmen des Binnenmarktes geprägt. Die bislang national geprägten Systeme eines sozialen Ausgleichs und Dialogs geraten unter Druck. Gerade die Krise hat die Unzulänglichkeit eines vorwiegend marktideologisch ausgerichteten Europa aufgezeigt. Die Stärkung eines sozialen Europas muss deshalb endlich an die Spitze der politischen Agenda rücken.

Die CFDT Obere Normandie, der DGB Niedersachsen, die OPZZ Großpolen, Solidarność Großpolen und die UGT Andalusien bekräftigen ihren Willen zu einer Weiterführung ihrer Kooperation zum Wohle der arbeitenden Menschen in ihren Regionen. Wir wollen unser stabiles Netzwerk ausbauen, den Erfahrungsaustausch intensivieren und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betrieblicher Interessenvertretungen stärken. Wir setzen uns ferner gegenüber regionalen Parlamenten, Regierungen und Europa-Abgeordneten für die Umsetzung der oben genannten Ziele und Forderungen ein.